

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 04/2025

Gesamtprogramm Sprache sichern – VDP fordert verlässliche Finanzierung der Sprachkurse

Berlin, 18. März 2025 – Angesichts der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD fordert der Verband Deutscher Privatschulverbände (VDP) eine verlässliche Finanzierung des Gesamtprogramms Sprache, um Integration und Fachkräftesicherung nicht zu gefährden. Die geplanten Haushaltskürzungen würden das bewährte System der Integrations- und Berufssprachkurse massiv einschränken und damit sowohl für Zugewanderte als auch für den deutschen Arbeitsmarkt erhebliche Herausforderungen schaffen.

Aktuell können aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung nur noch 30 Prozent der bisherigen Berufssprachkurse finanziert werden. Dies bedeutet schon jetzt, dass zehntausende Menschen nicht mehr die Möglichkeit erhalten, das für viele Berufe essenzielle B2-Sprachniveau zu erreichen. Besonders betroffen sind diejenigen, die das B1-Niveau im Integrationskurs nicht abschließen und bislang in den Berufssprachkursen ihre Kenntnisse ausbauen konnten. Sollte die neue Bundesregierung keinen haushaltspolitischen Schwerpunkt auf den Spracherwerb legen, droht vielen Zugewanderten der Verbleib auf einem niedrigen Sprachniveau, das ihre Chancen auf qualifizierte Beschäftigung erheblich einschränkt. *„Sprachförderung ist kein Luxus, sondern eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration und für den Zugang zum Arbeitsmarkt“*, erklärt Steffen Kilian, Vizepräsident des VDP. *„Ohne eine auskömmliche Finanzierung des Gesamtprogramms Sprache verlieren viele Zugewanderte die Chance, berufsrelevante Sprachkenntnisse zu erwerben – mit negativen Folgen für ihre Beschäftigungsperspektiven und die gesellschaftliche Teilhabe.“*

Neben den persönlichen Auswirkungen für die Lernenden hätte diese Entwicklung gravierende Folgen für die deutsche Wirtschaft. Unternehmen sind dringend auf Fachkräfte mit soliden Sprachkenntnissen angewiesen. *„Die Kürzungen widersprechen den arbeitsmarktpolitischen Zielen der Bundesregierung. Fehlende Sprachkenntnisse verhindern, dass Zugewanderte ihr volles Potenzial in den Arbeitsmarkt einbringen können. Das wäre eine vertane Chance – sowohl für die Betroffenen als auch für die Unternehmen“*, so Ellen Jacob, VDP Bundesgeschäftsführerin.

Darüber hinaus drohen langfristige strukturelle Schäden für die Bildungslandschaft. Viele Kurs-träger wären gezwungen, ihr Angebot massiv einzuschränken oder ganz einzustellen. Die Folge wäre ein erheblicher Verlust an qualifizierten Lehrkräften und eine Verschlechterung der Qualität der Sprachförderung. *„Die Strukturen, die über Jahre hinweg aufgebaut wurden, um Zugewanderten eine realistische Perspektive zu bieten, stehen auf dem Spiel. Das können wir uns als Gesellschaft nicht leisten“*, warnt Steffen Kilian.

Der VDP fordert die Verhandlerinnen und Verhandler der Koalition daher auf, eine bedarfsge-rechte Finanzierung der Sprachkurse sicherzustellen. *„Die Bundesregierung hat erkannt, dass eine Kürzung der Sprachkurse integrations- und wirtschaftspolitisch fatal wäre – jetzt muss sie entsprechend handeln“*, so Ellen Jacob. *„Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Sprachförderung im Koalitionsvertrag. Das Gesamtprogramm Sprache muss langfristig gesichert werden, damit Zugewanderte mindestens das B2-Niveau erreichen und dadurch ihre beruflichen Chancen voll ausschöpfen können.“*

Pressekontakt:

Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

Jenny Knoop - knoop@privatschulen.de

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich. Weitere Informationen finden Sie unter: www.privatschulen.de